

Ben Fowkes: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa, Osteuropa-Studien Band 1, Aus dem Englischen von Erna Schön, Decaton Verlag Mainz 1994, 231 S. (45,00 DM)

»Es ist zweifellos zu früh, eine Bilanz dieser traurigen Epoche in der Geschichte dieser Region zu ziehen. Aber man muß einen Versuch machen.« (S. 205) Zum Glück hat sich der britische Historiker F. dieser Herausforderung gestellt und eine der ersten zusammenhängenden Darstellungen der Nachkriegsgeschichte Osteuropas mit dem Wissen um die »Wende« 1989/90 vorgelegt. Ob es wirklich nur eine »traurige Epoche« war, dieser Wertung entzieht sich der Autor wohlweislich. Denn er sucht in Zeiten der radikalen Abwertung des realsozialistischen Alternativversuchs nach Ursachen und Bedingungen für dessen einstigen Aufstieg, aber auch für seinen schließlichen Fall. Zudem versucht F. erfolgreich, nicht von dem kläglichen Ende dieses Gesellschaftsmodells her seine Frühgeschichte zu schreiben, sondern er läßt die letzten gut 40 Jahre kenntnisreich Revue passieren und stellt die Ereignisse in ihre historischen Zusammenhänge. Vorzug des Buches ist zudem die bewußte Zusammenschau der Entwicklung Ostmittel- und Südosteuropas sowie, im Gegensatz zu anderen, die Einbeziehung der DDR.

Eckpunkte der Geschichte Osteuropas sind für F. zwei sehr personale Entscheidungen. »Warum ist Osteuropa überhaupt unter kommunistische Herrschaft gefallen? ... Weil Stalin es so wollte und weil er gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in der Lage war, seinen Willen durchzusetzen.« (S. 12) Mit dem letzten sowjetischen Machthaber im Kreml, Gorbatschow, kam die Einsicht, »daß man die osteuropäischen Regierungen regieren lassen sollte, wie sie wollten und ohne von außen einzugreifen« (S. 184). Allerdings sind mit solchen personalisierten und oft psychologisierten Betrachtungen auch Schwachpunkte der Analyse F.s verbunden, dessen Buch zudem eine bessere Redaktion verdient

hätte (Daten, Funktionen, Schreibweise von Namen) und über dessen einzelne Wertungen sicher zu streiten ist. (Für die DDR beispielsweise: Honecker »mehr als Kapitän eines Teams und weniger ... mächtiger Einzelleiter traditionellen Typs« oder Mittag als »Hauptverfechter« des NÖS (S. 121f).)

F. gelingt es leider zu wenig, die Rolle der Systemauseinandersetzung einzubeziehen. Die latente Furcht Moskaus und seiner Verbündeten vor westlicher Aggression und die damit ebenso latenten Begründungen für die Repressionen und das Durchpeitschen kriegswirtschaftlich wichtiger Steigerungsraten in der Industrie (gerade 1951/52) werden zu wenig berücksichtigt. Gleichzeitig ist damit eine Reduzierung vieler Veränderungen in Osteuropa auf äußeren Druck, nämlich durch die Sowjetunion, zu wenig erfaßt. Denn es erweist sich für eine Analyse Osteuropas als nachteilig, daß nicht die konkrete Geschichte der UdSSR in den Jahren 1944/45 bis 1989/90 umfassend einbezogen werden konnte. Denn viele Kurswechsel, Schwerpunktsetzungen und Fraktionskämpfe in Osteuropa sind vornehmlich vor diesem Moskauer Hintergrund zu erklären.

Schließlich bleiben die inneren Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus noch zu sehr im Dunkeln. Während F. berechtigt die »psychologischen Faktoren« eines inhaltlich zunehmend entleerten Sozialismus und »M/L« herausarbeitet oder den Vormarsch einer mehr und mehr nur auf Karriere bedachten technokratischen neuen Elite an die Macht, bleiben etwa wirtschaftliche Fehlentwicklungen zu vage untersucht. F. sieht die destruktive Wirkung der sich ausbreitenden Schattenwirtschaft als Teil einer »2. Gesellschaft« gegen die offizielle, er erkennt die immer unzureichendere »Effektivität der offiziellen Wirtschaft« als ausschlaggebenden Faktor (S. 187). Der Verweis auf steigende Ölpreise, die Rolle der ostasiatischen »kleinen Tiger« und zu geringe Zuwachsraten reichen aber als Erklärung offenkundig nicht aus. Hier geht es um mehr, um die Rolle eines nicht beherrschten - genauer: ohne Marktmechanismen und ohne Demokratie nicht beherrschbaren - neuen Produktivkraft-Typs.

Diese kritischen Anmerkungen sind weniger ein Vorwurf an F.s wichtige Arbeit, sondern

Ansprüche an unbedingt notwendige weitere Forschungen, für die es großen Bedarf gibt, die aber heute kaum zum Abschluß zu bringen sind. F. hat immerhin versucht, neuere Untersuchungen mit älteren zugänglichen Quellmaterialien und Einschätzungen zu verbinden. Mit neu zu erschließenden Quellen sind sicher noch präzisere Einsichten zu gewinnen und manch alte Legenden zu korrigieren, aber trotzdem scheinen F.s wohlbelegte und -begründete Wertungen vielfach stimmig.

Herauszuheben sind bei F. folgende Erkenntnisse: Erstens läßt er keinen Zweifel, daß es nach dem Zweiten Weltkrieg einen klaren Linkstrend in Europa gab. »Es bestand die Tendenz, den Kapitalismus für die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und die anschließende Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen, die in Osteuropa besonders hart zugeschlagen hatte.« (S. 71) Insofern sind nicht allein der sowjetische Vormarsch für den Umbruch in Osteuropa verantwortlich, sondern auch aktive kommunistische Parteien, die teilweise erheblichen Masseneinfluß gewinnen konnten (bes. CSR, Jugoslawien). Zweitens zeigt F. eine breite Bewegung besonders der Arbeiterschaft, selbst die Geschicke in der Wirtschaft z. B. über Betriebsräte in die Hand zu nehmen. Hier griffen allerdings schnell zentralistische Mechanismen und konkreter Druck, um das zu verhindern. Genau diese Versuche, selbst über die Produktion zu entscheiden, kehrten in allen Krisen des Realsozialismus zurück, ob 1956, 1968 oder 1980/81. Drittens weist F. in allen osteuropäischen Staaten 1944/47 sehr differenzierte Ansätze für national eigenständige Wege in Richtung Sozialismus nach, oft mit dem Versuch verbunden, über Nationale Fronten breite Teile der Gesellschaft für diesen Weg zu gewinnen. Mit der veränderten internationalen Lage ab 1947 (Truman-Doktrin, Entfernung der Kommunisten aus den Regierungen in Italien und Frankreich, Ablehnung des Marshall-Plans und Schaffung der Kominform) endeten unter Moskauer Druck diese nationalen Wege abrupt. Viertens verfolgt F. die Krisen und Reformversuche in Osteuropa sehr aufmerksam. Besonders der Prager Frühling hatte in seinen Augen eine reale Chance. Aber alle Reformen scheiterten letztlich. »Zu den Gründen für das Mißlingen gehören das politische Hindernis in Gestalt des Widerstandes der herrschenden

Elite, ungünstige ökonomische Bedingungen, durch die die Reformgegner gestärkt wurden, und vor allem die technische Schwierigkeit, vielleicht sogar der Widerspruch, der darin lag, die zentrale Kontrolle der Ökonomie beizubehalten und einen Marktmechanismus einzubauen.« (S. 119) In diesem Zusammenhang ist die Beobachtung bedenkenswert, daß die Arbeiter bei allen Reformversuchen zurückhaltend und oft ablehnend waren, wenn ihr erreichter Lebensstandard durch solche Reformen gefährdet schien. (S. 157, 156, 201) Schließlich ist bemerkenswert, daß F. es für wichtig hält, »auf eine Anzahl von Errungenschaften (zu) verweisen, auf denen ihre Nachfolger gut hätten aufbauen können, wobei es wahrscheinlicher ist, daß sie sie zerstören werden«. Das beträfe Fortschritte in Nationaleinkommen, Lebensstandard, sozialer Gleichheit sowie in Erziehung und Bildung. (S. 205)

Nachdem die prokapitalistischen Illusionen der Niedergangszeit des Realsozialismus angesichts der sozialen Folgen der Transformation in einen Frühkapitalismus für große Teile der Bevölkerung zerstieben, könnte das Rückbesinnen auf einstige soziale Geborgenheit Langzeitwirkung haben. Die neuen Regierungen können »bei ihrem Versuch, zu einer voll privatisierten Marktwirtschaft, einem funktionierenden demokratischen System und einer umfassenden Reintegration der von ihnen regierten Ländern in das globale Weltssystem des Kapitalismus voranzuschreiten, ... durchaus einige Überraschungen erleben. Die Geschichte in Osteuropa ist weit davon entfernt zu Ende zu gehen, sie entfaltet sich.« (S. 204)

STEFAN BOLLINGER

**Meinhard Miegel,
Stefanie Wahl:
Das Ende des Individualismus.
Die Kultur des Westens
zerstört sich selbst,
2. Aufl., Verlag Bonn Aktuell
München 1994,
207 S. (38,00 DM)**

Das unkontrollierte, explosionsartige Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern

einerseits und der Rückgang der Bevölkerung in den hochindustrialisierten Ländern andererseits - beide Prozesse gehören heute zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Und für beide gibt es bisher keine Lösung. Während das Bevölkerungswachstum jedoch zumindest schon bis in das allgemeine Bewußtsein vorgedrungen ist und als existenzbedrohendes Menschheitsproblem erforscht und diskutiert wird, wird der Bevölkerungsrückgang bisher kaum ernsthaft als Problem wahrgenommen. Daß sich die Industrieländer, allen voran Deutschland, in einer »demographischen Zwickmühle« befinden, ist vielen bisher kaum bewußt. Verändert sich das Geburtenverhalten hier aber nicht binnen weniger Jahre grundlegend, wird die Bevölkerung stark altern und zahlenmäßig rapide abnehmen oder aber von vielen Zuwanderern »durchsetzt« werden. Diese Tatsache wird in der aktuellen Diskussion durchaus unterschiedlich bewertet. Die Autoren des vorliegenden Buches sehen hierin »das große Dilemma« der Industrieländer mit einschneidenden Konsequenzen für die Lebensqualität künftiger Generationen. Sie entwerfen ein Szenario, wonach die deutsche Bevölkerung bis zum Jahre 2020 um mehr als sieben Millionen Menschen und damit auf das Niveau von 1925 absinken wird, bis zum Jahre 2040 um weitere zwölf Millionen oder auf das Niveau von vor 1900 usf. In gut hundert Jahren wird die deutsche Bevölkerung nur noch ca. 24 Millionen Menschen zählen und damit wieder bei ihrem Ausgangsniveau vor der Industrialisierung um 1800 angekommen sein (vgl. S. 92). Entsprechend niedrig wäre der Rang Deutschlands in der Weltwirtschaft zu veranschlagen. Länder wie Polen und die Ukraine hätten dann ein deutlich größeres ökonomisches und politisches Gewicht als Deutschland. Diese für viele sicherlich »beklemmende Perspektive« erscheint angesichts der Daten, insbesondere der Bevölkerungsstatistik, unausweichlich. Es sei denn, eine immer größer werdende Zahl von Zuwanderern würde die Lücke füllen. Dann aber, so die Autoren, wäre Deutschland bald nicht mehr Deutschland. Die »kulturelle Identität der einheimischen Bevölkerung« würde erlöschen. Die Ursache für diese Entwicklung sehen

Miegel/Wahl, ganz im Unterschied zu anderen Wissenschaftlern, nun aber nicht in einem Komplex ökonomischer, historischer, kultureller, politischer und ideologischer Determinanten, sondern allein im Individualismus als dem Lebensprinzip und der Ideologie der modernen Gesellschaft. Die »Zivilisation des Westens« zerstört sich selbst, so die Hauptthese und das Fazit der Autoren, weil ihr eine »selbsterstörerische Ideologie« zugrundeliegt. Ist schon die Sicht des demographischen Verlaufs als nationales Problem nicht unstrittig, so dürfte es die Argumentation der Verfasser, die rein ideologisch, also geisteswissenschaftlich ist, erst recht sein. Materielle, das heißt vor allem ökonomische Faktoren lassen sie nur mittelbar gelten, das heißt nur im Kontext und letztlich zurückführbar auf bestimmte Denkmuster und Ideologien.

Der Individualismus, als »innerster Kern der Theorie und Praxis des bürgerlichen Liberalismus« (M. Horkheimer) - und damit auch Grundlage der Marktwirtschaft - ist Kennzeichen einer Gesellschaft, die sich durch ökonomische Effizienz und wachsenden Wohlstand auszeichnet. Ihre Produktivität jedoch ist »janusköpfig«:

Der wirtschaftlichen Stärke steht »eine nicht minder große biologische Schwäche« gegenüber, die schließlich zum »Verlust der physischen Existenz« der Bevölkerung führt. »Die Bevölkerung vergeist und stirbt aus« (S. 97). Dies gilt mehr oder weniger für alle nordwestlichen Industriegesellschaften. Deutschland jedoch kommt hier eine Vorreiterrolle zu, was ein Grund mehr sein dürfte, sich gerade in Deutschland offensiv mit dieser Problematik auseinanderzusetzen.

Der gegenwärtig vorherrschende Individualismus ist Resultat eines historischen Prozesses, dessen Anfänge in der griechischen Antike liegen. Den entscheidenden Wendepunkt sehen die Autoren hier bei Sokrates (470 - 390 v.u.Z.), welcher nicht mehr die Gemeinschaft, sondern den einzelnen als das höchste Ideal setzte.

Mit der Ausformung des antiken Individualismus wuchs die Abneigung gegen Kinder. Im zweiten Jahrhundert v.u.Z. ging dann die Bevölkerung spürbar zurück, ganze Landstriche wurden entvölkert. Schließlich ver-

losch Griechenlands Macht und Kultur. Rom trat an seine Stelle.

300 bis 400 Jahre später wiederholte sich hier »die demographische Entwicklung Griechenlands mit bemerkenswerter Parallelität,« bis schließlich auch Rom, »nicht zuletzt wegen des anhaltenden Rückgangs seiner Bevölkerung« (S. 21), zugrunde ging. Einen nicht geringen Anteil an dieser demographischen Tragödie dürfte das frühe Christentum mit seinen Vorbehalten gegen Ehe und Familie gehabt haben.

Eine dritte Etappe des weltgeschichtlichen Individualisierungsprozesses fällt in das Zeitalter von Renaissance, Humanismus und Reformation. Insbesondere die protestantische Ethik ebnete den Weg zur Kleinfamilie und zum Bevölkerungsrückgang. Vom 13. bis zum 17. Jahrhundert konstatieren die Verfasser dann auch tendenziell fallende Geburtenraten in Westeuropa. Über die Aufklärung wird der Bogen dann zum bürgerlichen Liberalismus geschlagen, der eigentlichen Ideologie kapitalistischer Marktgesellschaften, die bis heute das Denken und Handeln der Menschen bestimmt.

Die in der bürgerlichen Gesellschaft tatsächlich vorhandene Interdependenz zwischen Individualisierung und Steigerung der Produktivität, zwischen ökonomischer Effizienz und Dynamik einerseits und individualistischer Lebensauffassung und Weltanschauung andererseits, wird von den Autoren zwar gesehen, aber nicht ausgeführt. Allzusehr sind sie bemüht, die reale Entwicklung der letzten 200 Jahre aus dem Geiste zu erklären, aus der Ideologie des Individualismus. Sehr anschaulich zeigen sie jedoch dann die demographischen Folgen der Individualisierung auf: Starke Schwankungen im Bevölkerungswachstum und letztlich ein rapider Rückgang der Bevölkerung - bis hin zum Aussterben der westlichen Zivilisation. Die individualistischen Kulturen zerstören sich selbst. Früher oder später wird darum auch unsere Zivilisation durch eine »gemeinschaftsorientiertere und damit biologisch stabilere Kultur« (S. 64) abgelöst werden!

Ist dies nun das unabänderliche Urteil der Wissenschaft über die westliche Zivilisation oder gibt es noch eine Chance? Es gibt sie, aber, um der drohenden Katastrophe zu be-

gegenn, sind nach Auffassung der Autoren »existenzielle Weichenstellungen« erforderlich. Vor allem muß der Individualismus als Lebensprinzip und Ideologie überwunden werden. Dies impliziert natürlich auch seine Aufgabe als methodologisches Grundprinzip der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, was einer Revolutionierung dieser gleichkäme.

Eine »Neubestimmung des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft« ist notwendig, und zwar derart, daß die »Eingliederung des einzelnen in die Gemeinschaft« wieder Vorrang erhält (S. 120f.). Ein »Verzicht auf die Maximen individualistischer Kultur oder zumindest deren nachhaltige Einschränkung und die Hinwendung zu einer gemeinschaftsorientierten Kultur dürften die Geburtenrate in Ländern mit individualistischen Kulturen ... am ehesten wieder auf eine bestandserhaltende Höhe steigen lassen, so daß die physische Existenz der Bevölkerung und deren ethnische und kulturelle Identität gesichert wären« (S. 120). Aber damit dürfte es kaum getan sein: Die bloße »Hinwendung« zu einer wieder stärker gemeinschaftsorientierten Kulturform und Gesellschaftsordnung allein würde wenig bewirken. Sie kann nur dann erfolgversprechend sein, wenn sie in den materiellen Grundlagen der Gesellschaft ihre Entsprechung findet. Das heißt, um die notwendige Umorientierung herbeiführen zu können, bedarf es einer Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, denn diese sind die Basis für das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft. Hierzu aber schreiben die Autoren nichts. Daß die individualistische Kultur auf dem Privateigentum beruht, sehen sie. Daß eine »Neubestimmung des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft«, die sie vehement fordern (S. 120), mithin aber auch eine Neubestimmung der Eigentumsstruktur, also die Aufhebung des Privateigentums, impliziert, wollen sie jedoch nicht wahrhaben. Jedenfalls schreiben sie es nicht. Es bleibt aber eine Tatsache, »daß der Egoismus ebenso wie die Aufopferung eine unter bestimmten Verhältnissen notwendige Form der Durchsetzung der Individuen ist« (MEW, Bd. 3, S. 229). Ohne die Verhältnisse zu verändern, läßt er sich folglich kaum abschaffen. Es bleibt ein unauflösbarer Widerspruch, wenn die Autoren einerseits das Privateigentum als Fundament der individua-

listischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unverändert fortbestehen lassen, andererseits aber die »Gesellschaftsordnung« grundlegend ändern wollen.

Als »Ausweg« aus dem bevölkerungspolitischen Dilemma schlagen die Verfasser eine Reihe von Einzelmaßnahmen vor. Diese verstehen sich teilweise als moralische Appelle (»Gemeinschaftsbezogen handeln«, »Mehr Kinder haben« usw.), teilweise als praktische Lösungen (»Zuwanderer umfassend integrieren«, »Erwachsenenbildung ausbauen«, »Private Vorsorge verbessern«). Einige dieser Vorschläge scheinen sozialpolitischen Programmen ehemals sozialistischer Länder zu entstammen (S. 123f.), namentlich der DDR, wo sie jedoch den Trend in der Bevölkerungsentwicklung nicht umzukehren vermochten, wohl aber mit dazu beigetragen haben, die Geburtenrate wenigstens vorübergehend auf einem, für westeuropäische Maßstäbe, relativ hohen Niveau zu halten.

ULRICH BUSCH

Richard Saage: Eigentum, Staat und Gesellschaft bei Immanuel Kant, Nomos Verlag Baden-Baden 1994, 205 S.

Jeder philosophische Denker baut auf den Trümmern eines anderen sein philosophisches Werk, sagt Kant,¹ doch es gäbe keinen Fortschritt, wenn das Zertrümmern jedesmal total wäre. Diskontinuität pur ließe vergangenes Denken nur als museales gelten und vergangene Denker nicht auch als Dialogpartner im Meinungsstreit der Gegenwart. Tatsächlich sind gewesene Denker, wenn ihre Produktivität nur groß genug war, immer auch zukünftige.

Das gilt für Kant als Sozialphilosophen - sicher zur besonderen Genugtuung der Freunde von UTOPIE kreativ - schon deshalb ganz besonders, weil dieser Großdenker des ausgehenden 18. Jahrhunderts gegen Ende seines Lebens die Denkbarkeit von Utopien (er nennt Platon, Morus, Harrington, d'Allais) legiti-

miert, ja es zu einer Regierungspflicht erklärt hatte, sich ihrer Verwirklichung zu nähern.² Der seit Jahren ungebrochene Literaturfluß zu Kants Rechts- und Sozialphilosophie erklärt sich genau daraus. Die letzten beiden Dezenen haben uns u.a. folgende Kant-Monographien beschert: H. Arendt, *Lectures on Kant's Political Philosophy*, 1982; Z. Batscha (ed.), *Materialien zu Kants Rechtsphilosophie*, 1976; W. Busch, *Die Entstehung der kritischen Rechtsphilosophie Kants*, 1979; H.-G. Deggau, *Die Aporien der Rechtslehre Kants*, 1983; G. Dietze, *Kant und der Rechtsstaat*, 1982; M. Brocker, *Kants Besitzlehre*, 1987; V. Gerhardt, *Kants Entwurf zum Ewigen Frieden*, 1995; O. Höffe (ed.), *Kant. Zum Ewigen Frieden*, 1995; F. Kaulbach, *Studien zur späten Rechtsphilosophie Kants*, 1982; W. Kersting, *Wohlgeordnete Freiheit, Kants Rechts- und Staatsphilosophie*, 1985; P. Koslowski, *Staat und Gesellschaft bei Kant*, 1985; G.-W. Küsters, *Kants Rechtsphilosophie*, 1988; C. Langer, *Reform nach Prinzipien. Untersuchungen zur politischen Theorie Kants*, 1986; H.v.d. Linden, *Kant's Ethics and Socialism*, 1988; B. Ludwig, *Kants Rechtslehre*, 1988; G. Luf, *Freiheit und Gleichheit*, 1988; I. Maus, *Zur Aufklärung der Demokratietheorie im Anschluß an Kant*, 1992; L.A. Mulholland, *Kant's System of Rights*, 1990; K. Psychopedis, *Untersuchungen zur politischen Theorie Kants*, 1980; A.D. Rosen, *Kant's Theory of Justice*, 1995; P. Unruh, *Die Herrschaft der Vernunft. Zur Staatsphilosophie Immanuel Kants*, 1995; H. Williams (ed.), *Essays von Kant's Political Philosophy*, 1992. - Kant dürfte zeitlebens nicht so viele Bücher gelesen haben, wie inzwischen über ihn erschienen sind.

Saages Kant-Buch, eine Ausnahme schon insofern, als es nun in zweiter (aktualisierter) Auflage erscheinen konnte, unterscheidet sich von anderen unter anderem dadurch, daß es der Autor- offensichtlich von Iring Fettscher und Walter Euchner nicht ganz unbeeinflusst - unterläßt, philosophische Standpunktlosigkeit vorzutäuschen. Dadurch ist er übrigens auch der Gefahr entgangen, kantiger als Kant zu argumentieren, will sagen: ihn überzuinterpretieren. Ausgehend von der Eigentumslehre Kants, wie sie in den §§ 1ff. seiner »Metaphysischen Anfangsgründe der Rechtslehre« von 1797 vorliegt,³ werden

zwei als Hypothesen ausgegebene Thesen entwickelt, nämlich: a) In der politischen Philosophie des Bürgertums hänge das Verhältnis von Staat und Gesellschaft entscheidend davon ab, inwieweit die sozialpflichtige und die besitzindividualistische Komponente des Eigentumsbegriffs innerhalb eines Theorems exponiert erscheint; b) in den Reflexionen des klassischen bürgerlichen Denkens sei der Staat in dem Maße »liberal«, in dem das Eigentum im Naturzustand den Status einer relativ stabilen Größe besitzt (S. 43).

Um gleich Saages Ergebnis vorwegzunehmen: Die Interpretation der Staats- und Rechtsphilosophie Kants offenbare in der Perspektive seines Eigentumsbegriffs, daß seine einschlägige Konzeption antifeudalistisch orientiert und auf eine reformerische Überwindung der existenten Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland ausgerichtet ist; zunächst auf die Interessenlage einer bürgerlichen Gesellschaft kleiner Warenproduzenten bezogen, seien seine verfassungsrechtlichen Forderungen aber eher als großbürgerlich einzustufen, wodurch sich Widersprüche zwischen einem Vertrauen auf die Smith'sche invisible hand und dem skilful management einer Obrigkeit ergeben, vor allem jedoch die Illusion, daß in der bürgerlichen Gesellschaft das auf persönliche Arbeit beruhende Produktionsmittel Eigentum von dem auf Lohnarbeit basierenden kapitalistischen Privateigentum tendenziell unbehelligt bleibe (S. 189f.).

Es ist also der die französische Revolution als das schlechthinnige Epochenereignis auf dem Wege von der feudalen in die bürgerliche Gesellschaft begreifende und sogar die terreur verstehende (wenn auch sie nicht billigende) Kant, dem hier eine Würdigung zuteil wird, die natürlich bei allen Abstraktionsfetischisten auf Unverständnis stoßen mußte und auch gestoßen ist.⁴ Daß nur der Teilnehmer an der ökonomischen Macht, also der bourgeois, legitimiert sei, auch Teilnehmer an der politischen Macht, also citoyen, zu sein (S. 123), kann notfalls verklärt, nicht aber transzendentalphilosophisch erklärt und dadurch legitimiert werden. Eine Rechtsordnung, in der ein jeder das Recht auf Eigentum hat, sofern er tatsächlich welches hat, aber kein Recht auf Eigentum, sofern er keines hat, ist nun einmal ein soziologisch an

der civil society festzumachendes und aus ihren Erfordernissen transitorisch zu rechtfertigendes Phänomen.

Wohlgemerkt, die von R. S. in das Zentrum seiner Überlegungen gerückte Relation von Eigentum und Herrschaft wird am Gängelband einer systematischen Textanalyse Kants ausgebreitet. Mikrologen kommen durchaus auf ihre Kosten. Es wird nicht die kleine Münze der Filigranforschung durch ungedeckte Tausendpfundnoten von Totalvoten außer Kurs gesetzt. Auch Ideologiekritik braucht ihre Feinarbeit. Insofern unterscheidet sich R.S., der an Marx nicht vorbeigedacht und dennoch (oder vielmehr deshalb!) sein kritisches Verhältnis zu den realsozialistischen Gesellschaften offengelegt hat (S. 127), wohl tuend von denjenigen, die Pauschalverurteilungen unverstandener Theorien dadurch als wissenschaftlich glauben behaupten zu können, daß sie jene als ideologiekritisch ausgeben.

In einem außerordentlich kenntnisreichen Vorwort (S. 9-42) umschreibt Franco Zotta den Platz der Kant-Analyse von R. S. im Panorama der überbordenden Kant-Literatur der letzten Jahrzehnte. Da der Autor R.S. einer der produktivsten Utopie-Forscher unserer Zeit ist,⁵ ist eigentlich seine Fixierung von Kants Platz im Utopie-Denken der vergangenen Jahrhunderte überfällig. Dürfen wir gespannt sein?

HERMANN KLENNER

1 Kant: Gesammelte Schriften (Akademie-Ausgabe), Bd. 9, Berlin 1923, S. 25.

2 Kant: Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie, Berlin 1988, S. 399.

3 ibidem, S. 53ff. - Vgl. Manfred Brocker, Arbeit und Eigentum. Der Paradigmenwechsel in der neuzeitlichen Eigentumstheorie, Darmstadt 1992, S. 307ff., 392f., rezensiert in: Rechtshistorisches Journal 12(1993)148-157.

4 Vgl. etwa Gerhard Luf, Freiheit und Gleichheit. Die Aktualität im politischen Denken Kants, Wien/New York 1978, S. 157ff., rezensiert in: Deutsche Literaturzeitung 101(1980)353-356.

5 Vgl. von Richard Saage: Friedensutopien Kant/ Fichte/ Schlegel/ Görres, Frankfurt/M 1979; Vertragsdenken und Utopie, Frankfurt/M. 1989; Das Ende der politischen Utopie?, Frankfurt/M. 1990; Politische Utopien der Neuzeit, Darmstadt 1991; Hat die politische Utopie eine Zukunft?, Darmstadt 1992; Vermessungen des Nirgendwo. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien, Darmstadt 1995.

PROKLA 1995, Heft 100

Daß vor 25 Jahren eine SEW/DKP-nahe Minderheit eine undogmatische Mehrheit aus der Redaktion der »Sozialistischen Politik« mit juristischen Tricks hinausgeworfen hat - so sehen es jedenfalls die PROKLA-Redakteure von heute -, kann im nachhinein nur als Glücksfall für die linke sozialkritische Zeitschriftenszene interpretiert werden. Seit Ende der sechziger Jahre, als der aufmüpfige Geist von 68 noch überall rumorte, während sich ein Teil seiner leiblichen Träger bereits zum Marsch durch die Institutionen rüstete, gibt es PROKLA - »Probleme des Klassenkampfes. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik«, die sich seit 1992 im Untertitel viel weniger provokativ schlicht »Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft« nennt.

Im September 1995 ist nun also das Jubiläumsheft Nr. 100 erschienen, und es gibt wohl kaum eine sozialwissenschaftliche Debatte im letzten Vierteljahrhundert, zu der sich die PROKLA-AutorInnen nicht vehement zu Wort gemeldet hätten - ob das außerhalb des linken Spektrums immer gebührend zur Kenntnis genommen wurde, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls hat Volker Lorek den verdienstvollen Versuch unternommen, auf reichlich einem Dutzend Seiten die Fülle der Themen, die im Laufe von 25 Jahren behandelt wurden, zu systematisieren und Verschiebungen im redaktionellen Selbstverständnis und in der inhaltlichen Ausrichtung nachzuzeichnen.

Auch wenn sich PROKLA heute im Untertitel weniger klassenkämpferisch gibt, sind Redaktion und AutorInnen auch nach »der Wende« dem linken Spektrum der wissenschaftlichen Debatte verpflichtet geblieben. Dafür stehen nicht nur die im Heft 100 erschienenen Beiträge von Bod Zeuner (»Probleme des Klassenkampfes« im Betrieb) oder von Wolf-Dieter Narr und Roland Roth über die Notwendigkeit einer sozialistischen Vision, wenn Demokratie und Menschenrechte im und gegen den realen Kapitalismus verteidigt werden sollen. Ein Blick auf die jüngsten PROKLA-Jahrgänge zeigt zudem die - sicherlich von manchem Zeitgenossen auch beargwöhnte - breite Palette von Themen

und Konzeptionen, die in der Diskussion um linke Positionen inzwischen be- und verarbeitet werden will.

Da ist natürlich das »Neue Deutschland« (PROKLA 91 und PROKLA 94 - u.a. mit Beiträgen von H. Ganßmann, Th. Herz, K. Hübner, B. Müller und U. Berlit), das entschiedener Kritik bedarf, aber auch linke Selbst-Verwirrung ausgelöst hat - und dies nicht nur hier, sondern auch in Europa und darüber hinaus (PROKLA 92 - mit Artikeln u.a. zur Außenansicht der europäischen Linken sowie zu Lehren aus dem Krieg in Jugoslawien). Wo von traditionellen linken Themen wie Verteilungsfragen (PROKLA 99 - u.a. mit Aufsätzen von D. Vesper, B. Barry und K. Schömann) und Netzwerken zwischen Staat und Markt (PROKLA 97 - u.a. zu Fragen der Grenzen von Netzwerksteuerung und zur Rolle von Nicht-Regierungsorganisationen), die Rede ist, kann natürlich zum Weltmarkt und den Bretton-Woods-Institutionen (hierzu besonders die Beiträge von E. Altvater in PROKLA 95 und 97) sowie zur Weltgesellschaft überhaupt (PROKLA 90 - mit Beiträgen zur »Regionalisierung der Weltgesellschaft«) nicht geschwiegen werden. Zu nennen wären schließlich noch Beiträge zu Transformationsproblemen in Osteuropa (z.B. D. Stark in PROKLA 94 und A. Przeworski in PROKLA 98), zum Thema »Frauen in der Ökonomie« (PROKLA 95 - u.a. mit D. Elson, F. Maier und D. Schmidt als Autorinnen) und natürlich zur »Dritten Welt« (u.a. D. Boris in PROKLA 99 und U. Müller-Plantenberg in PROKLA 100).

Diese Aufzählung muß in Anbetracht der hier noch gar nicht erwähnten Artikel mit komplexen, vor allem theoriekritischen Fragestellungen (von Ch. Scherrer in PROKLA 95, A. Demirovic in PROKLA 92, W.-D. Narr in PROKLA 94 und 95 und anderen) notwendig unvollständig bleiben. In 25 Jahren PROKLA wurde jedenfalls eine Fülle von Material aufgehäuft und einer Vielzahl von AutorInnen eine wichtige Bühne theoriegeleiteter Debatte zu brennenden Fragen der (Klassen) Kämpfe in unserer Zeit gegeben. Und so bleibt nur zu hoffen, daß dem Herausgeber, der »Vereinigung zur Kritik der Politischen Ökonomie e.V.«, auf dem Weg zum halben Jahrhundert PROKLA die Luft nicht ausgehen möge.

ARNDT HOPFMANN

WechselWirkung 1995, Heft 75

Schöne neue Arbeitswelt lautet das Schwerpunktthema der 75. Ausgabe von WechselWirkung, dem Magazin für Technik, Naturwissenschaft und Gesellschaft. Kritisch beleuchtet werden darin Perspektiven und Entwicklungstrends von Arbeit und Technik.

Im ersten Artikel formuliert Otto Ulrich eine grundsätzliche Kritik an der die gegenwärtige Arbeitswelt beherrschenden kapitalistischen Produktionsweise. Das Grundübel dieser Gesellschaft sieht er in dem grenzenlosen Zwang zu wirtschaftlichem Wachstum. Der ständige, immer schneller werdende Wettlauf um die Schließung von Marktlücken und die gleichzeitige Erschließung immer neuer Produktmärkte ruiniere über kurz oder lang die menschliche Umwelt - und würde die propagierten Ziele doch nie erreichen. Denn immerwährende wirtschaftliche Prosperität bei gleichbleibender Vollbeschäftigung wäre selbst theoretisch ein Unding - angesichts der Begrenztheit der zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen. Von den führenden Eliten in Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wirtschaftswissenschaft würde dies jedoch bewußt negiert. Die staatsoffiziell propagierte und in der Öffentlichkeit kaum angefochtene Wirtschaftsprogrammatische beruhe weitgehend auf dem Glauben an die uneingeschränkte Allmacht von Wissenschaft und Technik, verbunden mit den segensreichen Wirkungen eines selbstregulierenden Marktes. Jegliche Kritik daran gelte als Ketzerei und würde entweder negiert oder verfolgt.

Die Alternative zur industriellen Produktions- und Lebensweise sieht Otto Ulrich in einer solaren Naturstoffwirtschaft. Die industriellen Energie- und Materieströme müßten drastisch reduziert, der Konsum auf nachwachsende Rohstoffe beschränkt werden. Um dies zu erreichen, müsse die Totalisierung des Marktes zugunsten eines gleichberechtigten Nebeneinanders verschiedener Produktions- und Austauschformen aufgehoben werden. Eine weitere Grundlage wäre die Wiederherstellung der Subsistenzfähigkeit des einzelnen Menschen. Die industrielle Wettbewerbsgesellschaft produziere un-

unterbrochen Fachidioten mit immer »kurzlebigerer Wegwerfqualifikation«. Jeder Mensch müsse wieder in die Lage versetzt werden, auch ohne Einbindung in die industrielle Arbeitsteilung für seinen Unterhalt sorgen zu können.

Wie diese gesellschaftliche Alternative gegen das herrschende Interessenkartell von Wirtschaft und Politik und auch gegen den Willen der Mehrzahl der jetzt lebenden Menschen errichtet werden könnte, läßt der Autor jedoch offen. Die Volldampffahrt der Titanic geht weiter...

An weiteren Artikeln zu diesem Thema enthält diese Ausgabe noch eine mehr soziologische Untersuchung über Telearbeit, einen Report zu aktuellen Trends der Automatisierung im Bauwesen, ein Interview über Reformbestrebungen und Widerstände im Gesundheitswesen der USA sowie einen Artikel zum gegenwärtigen Diskussionsstand zur selbstorganisierten Gruppenarbeit.

GERD BEDSZENT

Bezugsadresse:
WechselWirkung
Verlag remember e.G.
Mariabrunnstr. 48
52064 Aachen